

Antrag Nr. 1 in der Sache „Schiefergasbohrung“ zur Gemeinderatssitzung des Gemeinderates Mistelbach am 13.12.2011

Beschluss einer Resolution des Gemeinderates der Stadtgemeinde Mistelbach an Herrn Dr. Erwin Pröll und die NÖ Landesregierung. Diese mögen dafür Sorge tragen, dass keine Bohrungen nach Schiefergas im Bezirk Mistelbach stattfinden.

Begründung

Die OMV plant Bohrungen nach Schiefergas im Bezirk Mistelbach. Die Beeinträchtigung von Gesundheit und Umwelt durch besagte Bohrungen wären enorm. Erfahrungsberichte anderer Länder zeigen deutlich, dass bei derartigen Bohrungen giftige Stoffe austreten können, die das Trinkwasser massiv belasten. Vor allem für unsere Kinder wären die gesundheitlichen Schäden durch verseuchtes Wasser verheerend.

Die OMV) besitzt laut Mineralrohstoffgesetz vom 1. Jänner 1999 eine Bewilligung für den Abbau von Rohstoffen ohne Umweltverträglichkeitsprüfung. Laut §4 zählt Schiefergas zu den Kohlenwasserstoffen. Daher besteht lt. Mineralrohstoffgesetz auch kein Eigentumsrecht an Grund und Boden.

Das bedeutet: wenn die OMV nach Schiefergas bohren will, dann ist das jederzeit möglich. Selbst Grundstücksbesitzer haben dabei kein Einspruchsrecht. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung muss nicht durchgeführt werden.

Neben den enormen gesundheitlichen Auswirkungen und den bedenklichen Bewilligungen für Bohrungen, verursacht die Aufbereitung des Schiefergases derart hohe Kosten, dass dies zu Lasten der Investitionen in Erneuerbare Energiequellen geht.

Das Land NÖ hat erst kürzlich den Energiefahrplan 2030 beschlossen. Wenn die NÖ Landesregierung nun die Bohrung nach Schiefergas zulässt, sind die Ziele im Bereich Erneuerbare Energien nicht erreichbar. Nur Erneuerbare Energiequellen gewährleisten Versorgungssicherheit der Menschen mit sauberer und sicherer Energie.

Antrag Nr. 2 in der Sache „Schiefergasbohrung“ zur Gemeinderatssitzung des Gemeinderates Mistelbach am 13.12.2011

Beschluss einer offiziellen Aufforderung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Mistelbach an die Firma OMV Aktiengesellschaft, Trabrennstraße 6-8, 1020 Wien mit folgendem Wortlaut:

Die OMV plant Bohrungen nach Schiefergas im Bezirk Mistelbach. Die Beeinträchtigung von Gesundheit und Umwelt durch besagte Bohrungen wären enorm. Erfahrungsberichte anderer Länder zeigen deutlich, dass bei derartigen Bohrungen giftige Stoffe austreten können, die das Trinkwasser massiv belasten. Vor allem für unsere Kinder wären die gesundheitlichen Schäden durch verseuchtes Wasser verheerend.

Die OMV besitzt laut Mineralrohstoffgesetz eine Bewilligung für den Abbau von Rohstoffen ohne Umweltverträglichkeitsprüfung. Laut §4 zählt Schiefergas zu den Kohlenwasserstoffen. Daher besteht lt. Gesetz auch kein Eigentumsrecht an Grund und Boden. Wir wissen, wenn die OMV nach Schiefergas bohren will, dann ist das jederzeit möglich. Selbst Grundstücksbesitzer haben dabei kein Einspruchsrecht und eine Umweltverträglichkeitsprüfung muss nicht durchgeführt werden.

Wir als Gemeinderat der Stadtgemeinde Mistelbach und mit uns zahlreiche Bürger_innen des Weinviertels sind sehr besorgt über die Berichterstattung zur gängigen Praxis der Förderungen (Fracking), denn die bisherigen Erfahrungen mit den Technologien zur Gewinnung von Schiefergas sind Besorgnis erregend. Die OMV hat jedoch verlauten lassen, dass sie Möglichkeiten kennt bzw. entwickeln will, wie man Schiefergas umweltfreundlich gewinnen kann.

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Mistelbach verlangt daher von der OMV völlige Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung für die Weinviertler Gemeinden, ihre BürgerInnen und interessierte Gruppierungen, um diese von Anfang an in die Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. Das böte die Grundlage für rationale und nachvollziehbare Entscheidungen, bei denen allfällige Nachteile für bestimmte Personen, Gemeinden, Gruppierungen oder die Umwelt auf Basis eines unter den Beteiligten abgestimmten Wertekanons ausgeglichen werden könnte.

Die Gemeinde Mistelbach ist Klimabündnis-Partnerin und Standort für zahlreiche Windkraftanlagen. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass das Verbrennen fossiler Energieträger nicht zukunftsweisend ist und den Plänen der Bundesregierung im Rahmen des Klimaschutzgesetzes sowie dem Energiefahrplan NÖ 2030 widerspricht.

Mit den besten Grüßen

Für den Gemeinderat der Stadtgemeinde Mistelbach

Alfred Pohl